

Jahresabschluss 2020

Energie Vorpommern GmbH

6. Wiedergabe des erteilten Bestätigungsvermerks

70 Wir haben dem Jahresabschluss der Energie Vorpommern GmbH, Trassenheide, zum 31.12.2020 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht (Anlage 4) für das Geschäftsjahr 2020 den folgenden, uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

71 "BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Energie Vorpommern GmbH

1. Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Energie Vorpommern GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Energie Vorpommern GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB sowie § 6b Abs. 3 EnWG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB sowie § 6b Abs. 3 EnWG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

2. Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen
Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG sowie für Vorkehrungen und Maßnahmen, die sie zur Einhaltung dieser Pflichten als notwendig erachtet haben.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben. Die Prüfung umfasst die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

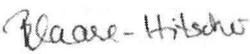
Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt.

- 72 Vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F.).

Kiel, 20.05.2021

ATN Allgemeine Treuhand Nord
Revisions- und Beratungsgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

L. S.


(Blaase-Hitscher)
- Wirtschaftsprüferin -


(Werth)
- Wirtschaftsprüfer -

Anlagen

BILANZ zum 31.12.2020

Energie Vorpommern GmbH, Trassenheide

AKTIVA

PASSIVA

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €		Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital		
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.576,27	10.666,32	II. Gewinnrücklagen		6.200.000,00
II. Sachanlagen			1. Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG	1.199.880,59	1.199.880,59
1. Grundstücke und Bauten	22.647,83	23.136,63	2. Andere Gewinnrücklagen	4.695.948,72	4.695.948,72
2. Technische Anlagen und Maschinen	730.746,34	282.657,61		5.895.829,31	5.895.829,31
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	114.397,86	134.665,44	III. Gewinnvortrag	1.047.718,98	1.565.770,98
4. Anlagen im Bau	166.730,06	255.050,42	IV. Jahresüberschuss	1.642.340,55	1.981.948,00
	1.034.524,09	705.530,10		14.775.888,84	15.633.548,29
III. Finanzanlagen			B. Rückstellungen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	18.669.085,01	18.669.085,01	1. Rückstellungen für Pensionen	583.328,00	563.611,00
B. Umlaufvermögen			2. Steuerrückstellungen	47.545,12	975.264,37
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			3. sonstige Rückstellungen	151.210,75	305.680,08
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.691.888,64	2.691.271,42		782.083,87	1.844.555,45
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	675.789,73	0,00	C. Verbindlichkeiten		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	421.221,31	39.057,82	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	345.625,00	0,00
	3.788.899,68	2.730.329,04	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	970.526,72	734.455,98
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	564.498,93	510.933,04	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	987.726,01
	10.180,07	12.179,59	4. sonstige Verbindlichkeiten	7.197.639,62	3.438.437,37
C. Rechnungsabgrenzungsposten			- davon aus Steuern € 458.741,65 (€ 589.643,68)	8.513.791,34	5.160.619,36
	24.071.764,05	22.638.723,10		24.071.764,05	22.638.723,10

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
vom 01.01.2020 bis 31.12.2020

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	17.352.514,95	17.833.342,92
2. Sonstige betriebliche Erträge	110.885,46	184.869,94
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-8.574.486,87	-9.019.035,97
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-5.477.648,09</u>	<u>-5.337.544,91</u>
	-14.052.134,96	-14.356.580,88
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-340.034,00	-314.382,98
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-62.781,81</u>	<u>-56.239,57</u>
	-402.815,81	-370.622,55
5. Abschreibungen	-73.690,19	-58.225,46
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.689.429,95	-1.648.571,26
7. Erträge aus der Gewinnabführung	919.389,70	1.190.884,44
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	36.100,05	23.632,66
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-65.828,42	-51.304,28
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-472.130,37</u>	<u>-740.812,19</u>
11. Ergebnis nach Steuern	1.662.860,46	2.006.613,34
12. Sonstige Steuern	-20.519,91	-24.665,34
13. Jahresüberschuss	<u>1.642.340,55</u>	<u>1.981.948,00</u>

Energie Vorpommern GmbH, Trassenheide

Anhang

Allgemeine Angaben

Der Sitz der Gesellschaft ist Trassenheide. Die Gesellschaft ist unter der Nummer HRB 2443 im Register des Amtsgerichts Stralsund eingetragen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 ist nach den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG).

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden stetig angewendet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Bei den Gegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sind die Anschaffungskosten um planmäßige Abschreibungen vermindert. Bei der Nutzungsdauer wird grundsätzlich auf die Nutzungsdauer des wirtschaftlichen Werteverzehrs abgestellt. Zu deren Ermittlung werden die steuerlichen Abschreibungstabellen herangezogen, soweit die dort genannten Nutzungsdauern innerhalb der Bandbreite handelsrechtlich zulässiger Nutzungsdauern liegen. Die verwendeten Nutzungsdauern sind:

	Nutzungsdauer
Immaterielle Vermögensgegenstände	3 Jahre
Grundstücke und Bauten	50 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	5 bis 20 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 bis 20 Jahre

Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2010 werden ausschließlich linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Es wurde von dem Wahlrecht gem. Art. 67 Abs. 4 EGHGB Gebrauch gemacht und die Wertansätze fortgeführt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bis zu einem Anschaffungspreis von 800 EUR sind voll abgeschrieben.

Die Anteile an verbundenen und beteiligten Unternehmen sind zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zum Nominalwert angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden erkennbare Einzelrisiken durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko wurde durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1 % auf die Netto-Forderungen ausreichend Rechnung getragen.

Innerhalb der Forderungen aus Energielieferungen sind erhaltene Abschlagszahlungen auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch unserer Kunden verrechnet. Die Ermittlung der abgegrenzten Forderungen erfolgt kundenindividuell unter Berücksichtigung von Gesamtmengen.

Die liquiden Mittel entsprechen den Nominalwerten.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen. Die Auflösung des Postens erfolgt linear entsprechend dem Zeitablauf.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handels- und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des Ertrags-

steuersatzes von aktuell 30,0 %. Der kombinierte Ertragssteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung wird vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht. Im Geschäftsjahr ergeben sich im Wesentlichen aktive Steuerlatenzen.

Das Gezeichnete Kapital ist mit dem Nennbetrag angesetzt.

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt einheitlich nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Anwendung der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen üblichen Projected Unit Credit Methode. Für die Abzinsung der Pensionsverpflichtung wird der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Weiterhin sind ein Gehaltstrend und eine Rentendynamik berücksichtigt. Den versicherungsmathematischen Rückstellungsberechnungen liegen im Wirtschaftsjahr 2020 als Rechnungsgrundlagen die Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck auf der Basis eines Zinsfußes von 2,30 % p.a. für 10 Jahre Durchschnittsbildung (Vorjahr 2,71 % p.a.) sowie 1,60 % p.a. für 7 Jahre Durchschnittsbildung (Vorjahr 1,97 % p.a.) zugrunde. Hierbei wurde wie im Vorjahr eine Rentendynamik mit 0,00 % p.a., 1,00 % p.a. bzw. 2,00 % p.a. einbezogen.

Als Bewertungsendalter werden grundsätzlich die frühestmöglichen Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Regelungen des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes vom 20.04.2007 herangezogen.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen auf der Grundlage einer vorsichtigen kaufmännischen Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt und eine Abzinsung auf den Abschlussstichtag vorgenommen. Als Abzinsungssätze werden die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bundesbank monatlich bekannt gegeben werden.

Die erhaltenen Anzahlungen sind um die darin enthaltene Umsatzsteuer vermindert (Nettomethode).

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Neben den Forderungen aus der Abrechnung von Energielieferungen werden hier auch die Forderungen aus abgegrenzten, noch nicht fakturierten Lieferungen und Leistungen (T€ 4.244; Vorjahr T€ 5.411) erfasst, die mit den hierfür erhaltenen Teilbeträgen (T€ 2.827; Vorjahr T€ 4.201) verrechnet wurden.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten mit T€ 3 (Vorjahr T€ 23) nicht abzugsfähige Vorsteuererstattungsansprüche, die rechtlich erst nach dem Bilanzstichtag entstehen.

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen betreffen Pensionsverpflichtungen, die auf Grund des Tarifvertrages über die betriebliche Zusatzrentenversicherung der energie- und versorgungswirtschaftlichen Unternehmen vom 9. Oktober 1990 und 16. Oktober 1992 sowie aufgrund der Versorgungszusage gegenüber den früheren Geschäftsführern bestehen.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Erfüllungsbetrag, der sich zum 31.12.2020 bei Diskontierung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre ergibt, zu dem Erfüllungsbetrag nach den geänderten neuen biometrischen Rechnungsgrundlagen „Heubeck-Richttafeln 2018 G“, unterliegt gem. § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre. Der Unterschiedsbetrag ermittelt sich wie folgt:

Erfüllungsbetrag bei zehnjähriger Durchschnittsbildung	583.328 €
Erfüllungsbetrag bei siebenjähriger Durchschnittsbildung	637.875 €

Unterschiedsbetrag aufgrund der unterschiedlichen

Durchschnittsbildung, der einer Ausschüttungssperre unterliegt **54.547 €**

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen mit T€ 2 (Vorjahr T€ 3) Rückstellungen im Bereich Personalwesen, mit T€ 12 (Vorjahr T€ 12) Prüfungskosten sowie mit T€ 74 (Vorjahr T€ 276) ausstehende Rechnungen. Es wurde weiterhin eine Rückstellung für Drohverluste T€ 63 gebildet (Vorjahr T€ 15).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

	Restlaufzeit			
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.500,00	70.000,00	258.125,00	345.625,00
(Vorjahr)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	(0,00)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	970.526,72	0,00	0,00	970.526,72
(Vorjahr)	(734.455,98)	(0,00)	(0,00)	(734.455,98)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00
(Vorjahr)	(987.726,01)	(0,00)	(0,00)	(987.726,01)
Sonstige Verbindlichkeiten	7.197.639,62	0,00	0,00	7.197.639,62
(Vorjahr)	(3.438.437,37)	0,00	(0,00)	(3.438.437,37)
Gesamt	8.187.666,34	70.000,00	256.125,00	8.513.791,34
(Vorjahr)	(5.160.619,36)	(0,00)	(0,00)	(5.160.619,36)

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von T€ 87 (Vorjahr T€ 1) enthalten.

Die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen T€ 676 (Vorjahr Verbindlichkeit - T€ 988) betreffen ausschließlich solche gegenüber der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH. Diese resultieren aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr - T€ 755 (Vorjahr - T€ 875), der Ergebnisabführung T€ 919 (Vj. 1.191) sowie dem Finanzclearing T€ 512 (Vorjahr - T€1.304).

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Steuerverbindlichkeiten in Höhe von T€ 459 (Vorjahr T€ 590) enthalten. Weiterhin enthalten diese Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus kreditorischen Debitoren in Höhe von T€ 50 (Vorjahr T€ 45). Im Berichtsjahr wurden zudem Verbindlichkeiten aus Finanzclearing gegenüber einem dritten Unternehmen in Höhe von T€ 5.367 ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Umsatzerlöse

Die im Inland erzielten Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2020 T€	2019 T€
Strom einschließlich Stromsteuer abzüglich Stromsteuer	4.622 - 390	4.287 - 370
	4.232	3.917
Gas einschließlich Erdgassteuer abzüglich Erdgassteuer	14.189 - 1.682	14.955 - 1.768
	12.507	13.187
Sonstige	614	729
Gesamt	17.353	17.833

Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Neben den branchenüblichen aperiodischen Effekten aus der Verbrauchsabgrenzung und Bezugskorrekturen sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen T€ 62 (Vorjahr T€ 121) und in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 126 (Vorjahr T€ 71) enthalten, die anderen Geschäftsjahren zuzuordnen sind.

In dem Posten "Zinsen und ähnliche Aufwendungen" sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von T€ 43 (Vorjahr T€ 50) enthalten.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen von T€ 61.867 betreffen:

	Fälligkeiten im folgen- den Geschäftsjahr	Fälligkeiten in den folgenden Geschäftsjahren
	T€	T€
Netznutzungsverträge	6.044	19.660
Energielieferverträge	8.473	24.707
Dienstleistungsverträge	966	2.017
Gesamt	15.483	46.384

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen T€ 15.915 (Vorjahr T€ 10.846) verbundene Unternehmen und T€ 2.982 (Vorjahr T€ 1.856) Gesellschafter.

Abschlussprüfer

Für die Leistungen des Abschlussprüfers wurden in 2020 folgende Leistungen erfasst: Jahresabschlussprüfung T€ 12, sonstige Prüfungsleistungen im Bereich EEG T€ 1.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr wurden 8 Arbeitnehmer (Vorjahr 7) beschäftigt, davon 1 geringfügig Beschäftigter.

Geschäftsführung

Udo Arndt, Neubrandenburg

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Es wurde eine Rückstellung mit T€ 414 für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitgliedern der Geschäftsleitung gebildet. Es erfolgten Auszahlungen in Höhe von T€ 17 an die Witwe eines ehemaligen Mitglieds der Geschäftsführung.

Angaben gemäß § 6b EnWG

Die Energie Vorpommern GmbH hat im Geschäftsjahr 2020 Geschäfte größeren Umfangs gemäß § 6b Abs. 2 EnWG mit den folgenden Unternehmen durchgeführt:

- Bezug von sonstigen Leistungen, insbesondere kaufmännische Betriebsführung von der SERVICE plus GmbH, Neumünster, mit einem Volumen von T€ 962 (Vorjahr T€ 864).
- Finanzclearing mit der HanseWerk AG, Quickborn, zu marktüblichen Konditionen. Es fielen Zinsaufwendungen über T€ 13 (Vorjahr T€ 1) an.
- Finanzclearing mit der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH, Trassenheide, zu marktüblichen Konditionen. Es fielen keinerlei Zinsaufwendungen oder Zinserträge an.
- Gewinnübernahme mit der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH, Trassenheide. Hieraus resultierten Erträge im Geschäftsjahr von T€ 919 (Vorjahr T€ 1.194).

Anteilsbesitz und Konzernbeziehungen

Die Energie Vorpommern GmbH ist zu 100% an der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH beteiligt. Das Eigenkapital beträgt T€ 30. Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Von der Aufstellung eines Konzernabschlusses ist die Energie Vorpommern GmbH, Trassenheide, gemäß § 293 HGB befreit.

Aufsichtsrat

Stefan Weigler, Bürgermeister der Stadt Wolgast
Vorsitzender

Matthias Boxberger, Vorsitzender des Vorstands und Vorstand Technik der HanseWerk AG, Quickborn
Stellv. Vorsitzender

Kerstin Teske, Amt Usedom-Nord

Michael Ebert, HanseWerk AG, Quickborn (ab dem 01.06.2020)

Laura Isabelle Marisken, Bürgermeisterin der Gemeinde Ostseebad Heringsdorf

Werner Schön, Bürgermeister der Gemeinde Zempin

Arne Wendt, Geschäftsführer SERVICE plus GmbH, Neumünster

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr € 2.990,00 (Vorjahr € 2.530,00) an Bezügen erhalten.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 1.642.340,55 € und 857.659,45€ aus dem Gewinnvortrag an die Gesellschafter auszuschütten.

Trassenheide, 31. März 2021

Der Geschäftsführer

Udo Arndt

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					Abschreibungen					
	Stand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Stand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Stand	Stand	
	01.01.2020	31.12.2020	01.01.2020	31.12.2020	01.01.2020	31.12.2020	01.01.2020	31.12.2020	31.12.2020	31.12.2019	
A. Anlagevermögen											
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	16.585,90	0,00	0,00	16.585,90	6.698,20	5.528,63	0,00	0,00	12.226,83	4.359,07	9.887,70
2. Software	2.818,80	0,00	0,00	2.818,80	2.040,18	561,42	0,00	0,00	2.601,60	217,20	778,62
	19.404,70	0,00	0,00	19.404,70	8.738,38	6.090,05	0,00	0,00	14.828,43	4.576,27	10.666,32
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und Bauten	24.440,10	0,00	0,00	24.440,10	1.303,47	488,80	0,00	0,00	1.792,27	22.647,83	23.136,63
2. Technische Anlagen und Maschinen	548.323,62	228.855,78	0,00	1.035.429,30	265.666,01	39.014,95	0,00	0,00	304.680,96	730.748,34	282.657,61
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	345.021,44	7.808,81	0,00	352.830,25	210.336,00	28.096,39	0,00	0,00	238.432,39	114.397,86	134.685,44
4. Anlagen im Bau	265.050,42	159.929,54	0,00	166.730,06	0,00	0,00	0,00	0,00	166.730,06	166.730,06	265.050,42
	1.182.835,58	396.594,13	0,00	1.579.429,71	477.305,48	67.600,14	0,00	0,00	544.905,62	1.034.524,09	705.530,10
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	18.669.085,01	0,00	0,00	18.669.085,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18.669.085,01	18.669.085,01
	19.871.325,29	396.594,13	0,00	20.267.919,42	486.043,86	73.690,19	0,00	0,00	559.734,05	19.708.185,37	19.385.281,43

Energie Vorpommern GmbH, Trassenheide

Lagebericht

I.	Grundlagen der Energie Vorpommern GmbH	2
1.	Geschäftsmodell der Energie Vorpommern GmbH	2
2.	Ziele und Strategien	2
3.	Forschung und Entwicklung	4
II.	Wirtschaftsbericht	4
1.	Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen	4
2.	Geschäftsverlauf	5
3.	Lage	8
	a) Ertragslage	8
	b) Finanz- und Vermögenslage	9
4.	Finanzielle Leistungsindikatoren	10
5.	Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	10
III.	Nachtragsbericht	11
IV.	Prognosebericht	11
V.	Chancen- und Risikobericht	12
1.	Risikobericht	13
2.	Chancenbericht	15
3.	Gesamtaussage	16
VI.	Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten	16
VII.	Bericht über Zweigniederlassungen	17

I. Grundlagen der Energie Vorpommern GmbH

1. Geschäftsmodell der Energie Vorpommern GmbH (EVP)

Die Energie Vorpommern GmbH (EVP) wurde 1991 von der Stadt Grimmen, Stadt Gützkow, Kreisverwaltung Wolgast und Hamburger Gaswerke GmbH gegründet. 1992 erfolgte eine Erhöhung des Stammkapitals und der Beitritt weiterer Gesellschafter (Gemeinden: Ahlbeck, Bansin, Heringsdorf, Karlsburg, Karlshagen, Koserow, Loddin, Trassenheide, Ückeritz, Zempin und Zinnowitz).

Die Energie Vorpommern GmbH versorgt ihre Kunden in der Region Vorpommern seit fast 30 Jahre mit Erdgas. Dabei wurde hauptsächlich das Gasverteilnetz im Eigentum der Tochtergesellschaft Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH genutzt. Kundenverluste durch den Wettbewerb im eigenen Netz werden durch den Vertrieb außerhalb des Netzgebietes ausgeglichen. Damit werden verstärkt auch die Gasnetze weiterer Netzbetreiber in Mecklenburg-Vorpommern zur Versorgung der Kunden herangezogen. Zusätzliche Dienstleistungsangebote bestehen im Bereich von vorhandenen und regelmäßig neu errichteten dezentralen Wärmeversorgungsanlagen.

Auf der Grundlage von Kundennachfragen hat die GmbH bereits im Jahr 2015 begonnen, einen Stromvertrieb aufzubauen und dieses Angebot insbesondere in den Jahren 2018, 2019 und 2020 kontinuierlich weiter ausgebaut. Um diese Leistungen entsprechend darzustellen, wurde die Geschäftsführung mit der Umsetzung der Umbenennung von ehemals Gasversorgung Vorpommern GmbH zu Energie Vorpommern GmbH und der damit notwendigen Anpassung des Gesellschaftervertrages beauftragt.

Seit dem 23.11.2016 gehören zum Gegenstand des Unternehmens die Lieferung, Beschaffung und die Erzeugung von Gas, Strom und Wärme sowie Erbringung energienaher Leistungen und die Beteiligung an Unternehmen, deren Gegenstand der Betrieb von Energienetzen ist.

2. Ziele und Strategien

Das Ziel der Energie Vorpommern GmbH besteht darin, das Kerngeschäft als bestehender regionaler Gasversorger gegen den Wettbewerb zu halten, das Stromgeschäft mit neuen Ideen weiter auszubauen und gleichzeitig weitere innovative Geschäftsfelder mit Bezug auf die Wärmeversorgung und die erneuerbaren Energien sowie die E-Mobilität zu erschließen. Nur auf dieser Basis wird es der EVP gelingen, ihre etablierte Stellung als „Regionaler Energieversorger“ zu halten und durch die Vernetzung in der Region sowie durch die bisher sehr gute Zusammenarbeit mit den kommunalen Gesellschaftern diese Basis für die Entwicklung neuer Energiekonzepte zur Einhaltung der Klimaziele der Bundesregierung und damit auch zur Stabilisierung ihrer Marktstellung zu nutzen.

Die Ergebnisse von 2020 zeigen die Entwicklung der Gesellschaft in diesem schwierigen Jahr, das von sehr warmen Temperaturen im 1. Quartal und im Anschluss durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt war. Dies hatte unmittelbare Folgen auf unser Ergebnis und die weitere Entwicklung des Wettbewerbs in der Region. Bei allen Einschränkungen haben wir unter dem Slogan „Gas und Strom für die Region“ unser Augen-

merk auf den Ausbau und die stetige Verbesserung der direkten Kundenansprache bei Privat- und Gewerbekunden und die an die einzelnen Kundengruppen orientierte Entwicklung von Produkten und Preisen gerichtet. Durch die im Rahmen der Pandemie mögliche Intensivierung der persönlichen Kundenkontakte und die stetige Steigerung der Effektivität sowie einer zielorientierten Bearbeitung im Vertrieb haben wir die Kundenbindung von Kunden und Kundengruppen weiter nachhaltig ausgebaut. Dabei war die Bindung vorhandener Kunden, die Neukundenakquise und die Rückgewinnung der an den Wettbewerb verlorenen Gaskunden unser vorrangiges Ziel.

Ein zentraler Schwerpunkt unserer strategischen Arbeit bleibt die Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit in einem zunehmend aggressiveren Wettbewerbsumfeld, dass weiterhin durch hohe Neukundenboni und „Haustürgeschäfte“ etablierter Energieversorger für Neukunden geprägt wird. Getrieben durch die angekündigte Anpassung von Kundenverträgen mit verschärften Verbraucherschutz (das Gesetz soll noch 2021 beschlossen werden) verstärken regionale Energiehändler sowie etablierte Anbieter ihre Vertriebsaktivitäten, was wir direkt bei der Kundenentwicklung ablesen können.

Deshalb hat die Kernaufgabe der Gesellschaft, die kostenoptimierte Beschaffung von Erdgas und Strom mit dem Ziel, den Vertrieb mit wettbewerbs- und marktfähigen Preisen zu unterstützen, eine große Bedeutung. Im Bezugsjahr 2020 konnten wir unsere Einkaufsoptionen beim Erdgas leicht unter dem Einkaufsniveau des Bezugsjahres 2019 halten. Bei den Strompreisen gab es eine marktbedingte Erhöhung bei den Bezugspreisen. Somit konnten wir die Gaspreise für die Endkunden stabil halten und haben nur die Strombezugsverträge für 2020 auf die steigenden Marktpreise angepasst, was insbesondere zum Jahreswechsel im Privatkundenbereich und bei den Gewerbekunden zu Vertragsauflösungen führte.

Der Personalaufbau im Außendienst und die Organisation des Backoffices wurden abgeschlossen. Mit einem festen Personalbestand wollen wir die Stabilisierung im Endkundengeschäft fortsetzen und über die persönliche Betreuung eine noch stärkere Kundenbindung erreichen. Die Expansion in weitere Regionen von Vorpommern und Mecklenburg zur Vermarktung unserer Produkte werden wir fortsetzen. Als Kernpunkte sehen wir dabei unsere Kundenbüros (ENERGIE-Punkte) in den Städten Wolgast, Anklam, Greifswald und Demmin. Zusätzlich haben wir 2020 durch einen Vertriebspartner einen ENERGIE-Punkt in Neubrandenburg und mit Unterstützung der kommunalen Wohnungsgesellschaft und der Bürgermeisterin auch in den Kaiserbädern (Heringsdorf) einen neuen ENERGIE-Punkt eröffnet. Leider haben wir diesen zum November wieder schließen müssen und erst am 1. März 2021 mit eigenem Vertriebspersonal wieder öffnen können. Für den Einsatz im regionalen Bereich haben wir 2019 ein Info-Mobil erworben, das in regelmäßigen Abständen in der Region zum Einsatz kommen sollte, um die Arbeit der ENERGIE-Punkte zu unterstützen. Leider konnten wir 2020 wegen der Kontaktbeschränkungen keinen Einsatz durchführen.

Auch die Vertriebspräsenz der Außendienstmitarbeiter im regionalen und überregionalen Gasgeschäft war stark eingeschränkt. Die Mitarbeiter hatten jedoch regelmäßigen

Kontakt zu den Kunden, um zum Beispiel Zahlungseinschränkungen und Vertragsanpassungen abzustimmen. Wir glauben, durch diese Unterstützung in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten bei den Kunden einen Vertrauensbonus gewonnen zu haben, den wir bei einem intensiver und rauer werdenden Wettbewerb künftig ohne den Druck auf die Margen einlösen können.

Als zusätzliche Kundenbindungsmaßnahme (Gas und Strom aus einer Hand) werden wir die Versorgung unserer Gaskunden mit Strom noch weiter intensivieren und ausbauen. Deshalb haben wir auch 2020 in Abstimmung mit unserem Dienstleister ein neues Bündelprodukt aus Gas- und Stromversorgung angeboten.

Der Erhalt langfristiger Kundenbeziehungen stand für uns auch 2020 im Mittelpunkt, konnte aber durch die geltenden Kontaktbeschränkungen nur sehr eingeschränkt mit Aktionen unterstützt werden. So konnten wir 2020 keine regelmäßigen Kundenaktionen in Vertriebsgebiet durchführen. Die EVP geht auch 2021 davon aus, dass Aktionen nur eingeschränkt durchgeführt werden können. Geplant haben wir Aktionen rund um unseren Umzug in den neuen ENERGIE-Punkt in Wolgast und zum 30jährigen Jubiläum im Dezember.

Wie bereits in den Vorjahren, hat die EVP auch 2020 Erdgas als den idealen Partner für den kombinierten Einsatz mit erneuerbaren Energien beworben. Bei der Durchführung von Einwohnerversammlungen zur Ermittlung des Potentials von Neuerschließungen konnten wir wieder eine steigende Nachfrage zum Energieträger Erdgas feststellen. Auf dieser Grundlage haben wir bereits auch für die Folgejahre weitere Potentiale für Erschließungsmaßnahmen ermittelt.

3. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft tätigt derzeit keine Produktentwicklungen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Energieverbrauch in Deutschland ging 2020 um 8,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahresverbrauch zurück. Wie die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) in ihrem Jahresbericht schreibt, hat die im Vergleich zum Vorjahr etwas mildere Witterung nur geringfügig (-0,6 Prozent) zu dem beträchtlichen Verbrauchsrückgang beigetragen. Hauptverantwortlich für den Rückgang des Energieverbrauchs auf ein historisches Tief waren die Auswirkungen der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in Form rückläufiger Industrieproduktion, verminderter Verkehrsleistungen und veränderter Konsumgewohnheiten. Der Erdgasverbrauch verringerte sich 2020 um 2,4 Prozent. Hauptursache für den Verbrauchsrückgang ist der gesunkene Erdgasbedarf der Sektoren Industrie (-4 Prozent) sowie Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (-5 Prozent) infolge der Corona-Pandemie. In der Strom- und Wärmeerzeugung wurde hingegen mehr Erdgas eingesetzt. Bei den privaten Haushalten stieg der Verbrauch trotz vergleichsweise milderer Temperaturen um 2,5 Prozent.

Das Versorgungsgebiet der Energie Vorpommern GmbH ist stark vom Hotel- und Gastromiesektor sowie von Privatkunden mit Ferienhäusern geprägt. Der Rückgang in der gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung wirkt sich dadurch nur begrenzt auf die Geschäftsentwicklung der Region aus.

Fast das gesamte Absatzpotential der EVP im Gasbereich fließt in die Erzeugung von Wärme und Warmwasser. Sehr wichtig ist daher für uns ist die Entwicklung im Tourismusbereich, wovon im Land Mecklenburg-Vorpommern nach den Einschränkungen durch die Pandemie wieder von weiteren Steigerungen ausgegangen wird.

Die politischen und regulatorischen Vorgaben sowie Marktentwicklungen bilden die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft, die regelmäßig durch wettbewerbsorientierte Maßnahmen beeinflusst wird. Die Energiewende bestimmte auch 2020 das politische Geschehen.

So hat die Bundesregierung ab 2021 eine CO₂-Bepreisung für die Bereiche Wärme und Verkehr eingeführt. Über einen nationalen CO₂-Emissionshandel erhält der Ausstoß von Treibhausgasen beim Heizen und Autofahren einen Preis. Nach der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat ist das Gesetz zur Änderung des Brennstoffemissionshandels-gesetzes am 10. November 2020 in Kraft getreten.

Da die EVP die Kalkulation ihrer Endkundenpreise auf Basis der Bezugspreise vornimmt, haben wir entsprechend den vertraglichen Bedingungen auf alle Endkundenpreise die vorgegebene Höhe der CO₂-Steuer umgelegt. Die Kunden wurden über den Preisanstieg rechtzeitig zum Jahresende informiert. Dies hatte auch Auswirkungen auf den weiteren Geschäftsverlauf und die Entwicklung des Endkundenbestandes.

2. Geschäftsverlauf

Der Verkauf von Erdgas und Strom an Endkunden wird zunehmend anspruchsvoller, die erfolgreiche Beschaffung immer komplexer. Die EVP hat auch 2020 ihren Bezug von Erdgas auf der Grundlage bestehender Bezugsverträge und einer von den Gesellschaftern getragenen Beschaffungsstrategie weiter optimiert. Mit Beschluss durch den Aufsichtsrat wurde der Bezug für die Jahre 2023 und 2024 unter Einbeziehung der Energie Quader GmbH (EQ) als Dienstleister ausgeschrieben und vergeben. Im Liefermodell 2020 – 2022 beziehen wir das Erdgas für den Absatz an Endkunden auf der Grundlage eines Risiko- und Beschaffungsleitfadens in monatlichen Tranchen. Darüber hinaus werden Differenzen aus allozierter und bezogener Erdgasmenge nach GELi-Gas über die Mehr- / Minder-mengabrechnung von den Netzbetreibern bezogen bzw. an diese geliefert.

Für den Bezug ab 2023 wurde der Risiko- und Beschaffungsleitfaden durch EQ angepasst und durch den Aufsichtsrat beschlossen.

Der Strombezug erfolgt nach Ausschreibung von derzeit einem Lieferanten und kann entsprechend der zunehmenden Kundenentwicklung angepasst werden. Mit Beschluss

des Aufsichtsrates wurde auch die Strombeschaffung ab 2023 durch EQ neu ausgeschrieben und der Risiko- und Beschaffungsleitfaden analog zur Gasbeschaffung angepasst. Der Bezug und die Überwachung erfolgt wie beim Gasbezug über EQ.

Um auf die zunehmend preisorientierten Kundenwünsche im Industrie- und Gewerbekundenbereich eingehen zu können, können über die Lieferanten für Erdgas und Strom Zusatzmengen zu Marktpreisen angefragt und nach Kundenbestätigung beschafft werden. Für den Gas- und Strombezug 2020, 2021 und 2022 werden derzeit die entsprechenden Tranchen bestellt.

Mit Beschluss durch den Aufsichtsrat wurden die Ausschreibungen für den Gas- und Strombezug 2023 und 2024 abgeschlossen und die Bestellungen bereits 2021 begonnen. Für die nächsten Jahre wird für den Strom- und Gasbezug jeweils nur ein Lieferant herangezogen.

Der Wettbewerb in der Sparte Gas war auch 2020 im Bereich Firmenkunden (RLM) und Gewerbe- und Privatkunden (SLP) sehr stark. Regionale und weitere überregionale Anbieter drängen in die Region und nutzen die durch die EVP notwendigen Anpassungen der Gaspreise für Kundengewinne aus. Die Angebote anderer Marktteilnehmer mit zum Teil sehr hohen Wechselprämien erhöhen den Druck auf unsere Margen zusätzlich. Wir versuchen in dem Bereich der Privatkunden vor allem durch unser persönliches Serviceangebot und die regionale Nähe zu punkten. Unsere ENERGIEPUNKTE (Kundenbüros) vor allem in Wolgast und Anklam werden immer besser angenommen und haben einen großen Anteil bei der Rückgewinnung von Gaskunden und der Neukundengewinnung im Strombereich. Deshalb haben wir seit September 2020 auch für die Region Kaiserbäder einen ENERGIE-Punkt eröffnet. Bedingt durch Einschränkungen der Pandemie konnten wir im Privatkundenbereich nicht die geplanten Aktionen durchführen.

Auch der Schwerpunkt unserer Vertriebstätigkeit bei der Kundenbindung und Neukundenakquise von kleinen und mittleren Gewerbekunden konnten wir 2020 durch die Kontaktbeschränkungen nicht planmäßig umsetzen. Trotzdem haben wir alle vorhandenen Möglichkeiten genutzt, um den Kontakt zu Kunden auszubauen. Insbesondere im Bereich der Hotels und Gaststätten hatten wir durch gewünschte Zahlungseinschränkungen bei den Abschlägen zahlreiche Kontakte. Durch die geringeren Margen in diesem Bereich schaffen wir es derzeit noch nicht, die Verluste aus dem Privatkundengeschäft aufzufangen.

Im Ergebnis ist der Gasabsatz für 2020 auf 316 GWh gefallen (ca. -9 GWh weniger als 2019) und liegt somit 3,0 % unter dem Niveau des Vorjahres. Durch die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie ist der Absatz vor allem im Firmenkundengeschäft um ca. -13 % gesunken. Im Privatkundenbereich konnten wir den Absatz auf Vorjahresniveau halten, wobei der Rückgang durch die höheren Durchschnittstemperaturen in 1. Quartal durch Nutzung des Homeoffice ggf. ausgeglichen wurde.

Um auf die ab 2020 wieder gestiegenen Gaspreise zu reagieren, wurden neue Produkte mit höheren marktfähigen Preisen eingeführt. Alle Vertragsbeziehungen wurden auf steigende Bezugspreise hin geprüft und die notwendigen Vertragsanpassungen im

Rahmen der Vertragsbedingungen durchgeführt. Im Rahmen dieser Anpassungen haben wir auch Kündigungen vollzogen. Die Angebote der Gewerbekunden wurden unterjährig bereits immer an die Entwicklung der Bezugspreise angepasst. Nach den Preisanpassungen bietet die EVP ihren Kunden auch weiterhin Preisstabilität je nach Vertragsabschluss bis 2022 an.

Der Erdgasvertrieb zeigte sich 2020 im Absatz insgesamt stabilisiert, konnte aber durch höhere Bezugsaufwendungen und niedrigere Margen den 2019 erwirtschaften Ergebnisbeitrag nicht halten. Die entsprechenden Umsatzerlöse gingen nach dem wettbewerbsbedingten Nachgeben der Endpreise von insgesamt 13,6 Mio. € in 2019 auf jetzt 12,7 Mio. € in 2020 zurück (-6,1%).

Die bezogene Gasmenge von 332 GWh liegt leicht über dem Niveau des Vorjahres und wurde auch 2020 wieder stark von der Mehr- und Mindermengenabrechnung (34 GWh) beeinflusst. Im Vergleich zu anderen Energieversorgern wirkt sich hier der vorwiegende Absatz in der Tourismuswirtschaft aus. In der Abnahmestruktur haben wir in den Wintermonaten meist Mindermengen – im Sommer dagegen Mehrmengen.

Zum Vorjahr sind die Kosten für den Gesamtbezug um -7,3 % auf 9,7 Mio. € gesunken. Darin enthalten sind die Aufwendungen für die Netznutzung, die sich aufgrund des geringeren Netzabsatzes auf 3,4 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €) reduziert haben.

Aus der Erdgassparte betrug der Rohüberschuss 2020 3,1 Mio. € und liegt somit -2,4 % unter dem des Vorjahres. Diese Entwicklung entspricht den schwierigen Absatzbedingungen im Versorgungsgebiet der EVP und spiegelt die vorhandenen Wettbewerbsbedingungen wieder (ca. 110 Wettbewerber im eigenen Netz).

Unsere verstärkte Vertriebstätigkeit wirkte sich 2020 vor allem im Stromvertrieb aus. Trotz weiterhin stagnierender Wechselbereitschaft von Privatkunden konnten wir als Stromversorger unseren Absatz im Vergleich zum Vorjahr weiter steigern. Im Ergebnis konnten wir den Absatz auf 19,9 GWh um 3,9 % zum Vorjahr ausbauen. Den Umsatz konnten wir im gleichen Zeitraum von 4,0 Mio. € für 2019 auf 4,3 Mio. € für 2020 steigern. Mit den bereits vorliegenden Ergebnissen der Akquisition für 2021 können wir von einer weiteren, positiven Entwicklung in der Stromsparte ausgehen.

Die kaufmännische Betriebsführung wurde durch die SERVICE plus GmbH durchgeführt. Die Grundlagen der Betriebsführung wurden im Betriebsführungsvertrag vereinbart. Eingehend auf die geänderten Rahmenbedingungen im Vertrieb wurden bereits Teile der vertrieblichen Betriebsführung an die neuen Bedingungen angepasst. Die EVP erfüllt diese Aufgaben nunmehr mit eigenem Personal und kann damit flexibler auf die Herausforderungen des Wettbewerbs reagieren.

Trotz der Auswirkungen durch die Pandemie und dem wärmebedingten geringeren Absatz im 1. Quartal, können wir auf Grundlage der Stabilisierung der Kundenzahlen auf ein insgesamt erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Die Marke der Energie Vorpommern GmbH „Gas und Strom für die Region“ hat sich weiter positiv entwickelt und die Kundenzahlen konnten auch durch Neukundengewinnung im Strombereich weiter stabilisiert werden. Die Geschäftsleitung beurteilt den Geschäftsverlauf insgesamt als positiv.

3. Lage

Die Lage des Unternehmens ist geprägt von unserem operativen Geschäft. Insgesamt kann unsere wirtschaftliche Lage als gut bezeichnet werden.

Die EVP als regionaler Versorger mit Strom, Gas und Wärme wird von den Einwohnern des Landkreises Vorpommern-Greifswald und darüber hinaus zunehmend als kundennahes örtliches Unternehmen wahrgenommen. Verstärkt wird diese Wahrnehmung durch unsere Kundenbüros in Wolgast, Heringsdorf und mit Eröffnung des Kundenbüros in Anklam auch außerhalb unseres traditionellen Netzgebietes, welche im Berichtsjahr von den Interessenten und Kunden der EVP sehr gut angenommen wurden.

a) Ertragslage

Das Unternehmen erzielte in 2020 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 1,6 Mio. € (Vorjahr 2,0 Mio. €).

Die Gesamtumsatzerlöse sanken in 2020 auf 17,4 Mio. € (Vorjahr: 17,8 Mio. €), was insbesondere auf einen auch kundenverlustbedingt geringeren Gasabsatz an RLM-Kunden und auf spezifische gesunkene Preise bei den SLP-Kunden zurückzuführen ist. Dagegen stiegen die Strom- und Wärmeerlöse durch die zu verzeichnenden Kundenzuwächse. In der Sparte Strom stieg die Kundenanzahl um 19% auf 4.455 Kunden (Vorjahr: 3.743 Kunden). In der Wärmesparte wurden zwei Gewerbekunden gewonnen.

Der Materialaufwand fiel insbesondere infolge mengen- und preisbedingt niedrigerer Gasbezugsaufwendungen auf 14,1 Mio. € in 2020. Der Saldo aus Gesamtumsatzerlösen und Materialaufwand beträgt somit in 2020 rd. 3,3 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 0,1 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres. Im Vorjahr konnten höhere Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen vereinbart werden.

Der sonstige betriebliche Aufwand liegt mit 1,7 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau von rd. 1,6 Mio. €, was unter anderem auf preisbedingt höhere Betriebsführungsaufwendungen und Aufwendungen für das Mahnwesen zurückzuführen ist. Dagegen lagen die Aufwendungen für Werbung und Sponsoring pandemiebedingt unter dem Vorjahresniveau.

Aus dem Ergebnis der Beteiligung an der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH konnten wir einen Ertrag in Höhe von 0,9 Mio. € vereinnahmen. Der entsprechende Vorjahresbetrag lag bei 1,2 Mio. €.

Der Steueraufwand ist im Wesentlichen ergebnisbedingt um 0,3 Mio. € auf 0,5 Mio. € gesunken.

Das Ergebnis nach Steuern beträgt 1,6 Mio. € nach 2,0 Mio. € im Vorjahr.

b) Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Mio. € auf 24,1 Mio. €. Das Anlagevermögen erhöhte sich aufgrund der getätigten Wärmecontracting-Investitionen um 0,3 Mio. € auf 19,7 Mio. € und wird weiterhin durch den Beteiligungsansatz an der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH bestimmt.

Das Umlaufvermögen stieg um 1,1 Mio. € auf 4,4 Mio. €. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen lagen mit 2,7 Mio. € auf dem Vorjahresniveau. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Stichtag in Höhe von 0,7 Mio. € und beinhalten neben Forderungen aus Lieferungen und Leistungen insbesondere die Forderung aus der Ergebnisabführung sowie Forderungen aus dem Finanzclearing mit der Tochter Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH. Die sonstigen Forderungen von 0,4 Mio. € (Vorjahr 0,04 Mio. €) betreffen insbesondere Steuererstattungsansprüche. Das Guthaben bei Kreditinstituten erhöhte sich um 0,1 Mio. € auf 0,6 Mio. €.

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme verringerte sich leicht auf 61,4 % (Vorjahr: 69,1 %). Absolut sank das Eigenkapital um 0,9 Mio. € auf 14,8 Mio. €. Die Rückstellungen verringerten sich um insgesamt 1,1 Mio. € auf 0,8 Mio. €, was im Wesentlichen auf den Verbrauch bzw. die Auflösung von Ertragssteuerrückstellungen für die Geschäftsjahre 2018 und 2019 zurückzuführen ist.

Die Verbindlichkeiten liegen mit 8,5 Mio. € über dem Vorjahresniveau von 5,2 Mio. €. Im Einzelnen stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der Darlehensaufnahme zur Finanzierung der Wärmecontractingprojekte auf 0,3 Mio. €. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich moderat um 0,2 Mio. € auf 0,9 Mio. €. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Jahresende 2021 nicht mehr (Vorjahr 1,0 Mio. €). Im Vorjahr wurde hier noch insbesondere die Verbindlichkeiten aus dem Finanzclearingsaldo gegenüber der Gasversorgung Vorpommern Netz ausgewiesen. Die sonstigen Verbindlichkeiten, die neben leicht höheren Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus der Verbrauchsabrechnung insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Finanzclearing mit der HanseWerk AG beinhalten, erhöhten sich um 3,9 Mio. € auf 6,7 Mio. €. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem gesunkenen Finanzmittelbestand, den die Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH der EVP im Rahmen des Finanzclearings zur Verfügung gestellt hat sowie aus dem Finanzierungsbedarf, der sich aus den getätigten Steuerzahlungen 2018/2019 ergab. Die Steuerverbindlichkeiten lagen insbesondere aufgrund geringerer Energiesteuern mit 0,4 Mio. € leicht unter dem Vorjahreswert von 0,6 Mio. €.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt -0,5 € und ist damit um 1,7 Mio.€ niedriger als im Vorjahr (1,2 Mio. €), was wesentlich auf den Rückgang der Steuerrückstellung zurückzuführen ist. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt -2,2 Mio. €. Für das Geschäftsjahr war insgesamt ein Absinken des Finanzmittel fonds um 1,8 Mio. € zu verzeichnen.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Wichtiger Leistungsindikator ist der Jahresüberschuss. Dieser beträgt 1.642 T€ und unterschreitet die Planung um 363 T€.

Weiterer wichtiger Indikator ist die verkaufte Gasmenge, diese beträgt 316 Mio. kWh und liegt damit hauptsächlich witterungsbedingt 24 Mio. kWh (8 %) unter der geplanten Verkaufsmenge.

5. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Umweltschutz

Der Umfang der Aktivitäten zur Förderung eines rationellen und umweltschonenden Energieeinsatzes wird durch ein breites Beratungsangebot sowie durch gezielte Förderprogramme bestimmt. Auch in Vorpommern wurden bereits Maßnahmen ergriffen, um die Ziele der Energie- und Klimaschutzpolitik zu erreichen.

Unsere Aktivitäten im Bereich Erdgas als Kraftstoff und die Beimischung von Biomethan im Kraftstoff Erdgas haben wir 2019 eingestellt und die eigenen Erdgastankstellen an MoviaTec GmbH übertragen. Diese betreibt die Tankstellen auf eigene Rechnung weiter.

Auch 2020 haben wir unsere Gesellschafter mit den Vorteilen der E-Mobilität vertraut gemacht. Die EVP hat derzeit zwei E-Autos geleast, welche neben der Nutzung für PR-Maßnahmen vor allen den Gesellschaftern zur praktischen Nutzung angeboten werden. So nutzen derzeit die Stadt Wolgast und das Amt Usedom Süd jeweils ein E-Auto. Gleichzeitig wurde neben den ersten Ladesäulen für die E-Mobilität in Wolgast und Ahlbeck weitere Ladesäulen in Karlshagen, Usedom und Zinzow errichtet. Weiterhin planen wir in Koserow, Ückeritz und Kölpinsee die Installation weiterer Ladepunkte, die durch die Pandemie 2020 nicht installiert werden konnten.

Mit der Kundenberatung für Privatkunden in Wolgast, Anklam und den Kaiserbädern werden wir den Bereich der Energieeffizienz und -sparberatungen für Endverbraucher ausbauen und vor allem auch zu den vielfältigen Möglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs, damit auch zur Kostenreduzierung, beraten.

Um unser Angebot durch die Installation von Wallboxen für den Ausbau der E-Mobilität in Privathaushalten auszubauen, haben wir neben dem Angebot von Ladeboxen auch ein Öko-Stromprodukt eingeführt.

Gleichzeitig prüfen wir die Zusammenarbeit mit Dienstleistern im Bereich der Wohnungswirtschaft, um unser Angebot in diesem Bereich weiter auszubauen.

Im Bereich der Nutzung von Wasserstoff in der Region, prüfen wir derzeit mit anderen Interessenten den Aufbau und die Nutzung einer entsprechenden Infrastruktur. Derzeit werden mit Projektpartnern die Machbarkeiten untersucht und erste Projektskizzen entworfen.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

Das Absatzvolumen der Energie Vorpommern GmbH ist aufgrund des ausgewogenen Verhältnisses von Privat- und überwiegend im Hotel- und Gaststättenwesen tätigen Geschäftskunden verhältnismäßig unabhängig von der unmittelbaren konjunkturellen Entwicklung. Daher ergeben sich aus konjunkturellen Steigerungen keine nennenswerten Auswirkungen auf die Entwicklung der Gesellschaft. Von zentraler Bedeutung sind jedoch Abweichungen vom langjährigen Temperaturmittel insbesondere in der Heizperiode eines Jahres und die derzeitig wieder steigende Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten. Von der derzeitigen Entwicklung der Weltmarktpreise für Erdgas leitet die EVP die Erwartung ab, dass wieder steigende Bezugspreise für Gas und Strom Druck auf die bestehenden Verträge ausüben werden. Anschlussverträge sind durch den starken Preiswettbewerb meist nur mit Margenverlusten zu erreichen. Da der Gasbezug für 2022 fast abgeschlossen ist, gehen wir von stabilen Gaspreisen für die Endkunden aus. Im Stromsegment ist eine Anpassung der Endkundenpreise wahrscheinlich.

Die Energiebranche befindet sich in einem dynamischen Umfeld, das vom zunehmenden Wettbewerb, intensiver Regulierung und der Energiewende geprägt wird. Deshalb beobachten wir laufend unser Marktumfeld. Ziel der Gesellschaft ist es, die bestehende Position im regionalen Energiewettbewerb weiter zu festigen bzw. auszubauen. Aufgrund des relativ großen Vertriebsgebietes der EVP gehen wir im Privatkundenbereich trotz aller Maßnahmen von weiteren Kundenverlusten aus, die wir derzeitig nicht vollständig durch Kundenrückgewinne und Neukundengewinne in anderen Netzgebieten auffangen können. Durch die steigende Präsenz in anderen Netzgebieten ist jedoch mit weiteren Zuwächsen in diesen Gebieten zu rechnen. Deshalb werden wir in diesem Bereich unsere Aktivitäten weiter ausbauen und die Zusammenarbeit mit Vertriebspartnern in Neubrandenburg und Demmin intensivieren.

Auf Grund der hohen Altersstruktur der Bevölkerung in unserem Vertriebsgebiet und als Ergebnis von Kundenbefragungen gehen wir von einem steigenden Beratungsbedarf in Fragen der Energieversorgung aus. Deshalb haben wir unser Angebot an Kundenberatungen in Wolgast und Anklam um den Standort Kaiserbäder erweitert. Derzeit prüfen wir in Heringsdorf, ob eine Verlängerung der Öffnungszeiten (Dienstag und Donnerstag) den Erfolg steigern kann. Dann wäre die Besetzung mit vorhandenem Personal nicht mehr ausreichend. Da wir bedingt durch unser großes Versorgungsgebiet nicht alle Interessenten zu den ENERGIE-Punkten bekommen, werden wir nach Möglichkeit 2021 weiter mit einem Info-Mobil monatlich mehrere Orte direkt anfahren und Beratungen durchführen. Ziel ist es, die Kunden auf unsere Leistungen hinzuweisen und durch das Angebot der direkten Ansprache die Kundenanzahl zu stabilisieren.

Im Gewerbe- und Industriebkundenbereich haben wir für die Versorgung ab 2020 auf der Grundlage steigender Versorgungspreise erstmals Gas- und Stromverträge aufgekündigt. Auch die Strompreise für die Privatkunden wurden von uns an die Bezugspreissteigerung angepasst. Leider konnten wir noch nicht bei allen Kunden wieder eine vertragliche Bindung erreichen.

Bei der Wärmesparte gehen wir von einem weiteren Wachstum aus. Wir konnten durch gezieltes Marketing nicht nur die Zusammenarbeit mit der Wohnungsgesellschaft in Heringsdorf weiter ausbauen, sondern auch erstmal mit der Seetel-Gruppe Contractingverträge abschließen. So konnten wir einen Wohnblock (vorher E-Heizung) für die WoGe und 2 Hotelanlagen für die Wärmeversorgung gewinnen.

Mit Berücksichtigung dieser Faktoren und einer normalen Wetterlage gehen wir in den nächsten Jahren von einer Festigung der Absatzmengen im eigenen Netzgebiet und weiteren Zuwächsen im Umland aus. Vor allem unser Stromangebot mit den weiter wachsenden Kundenzahlen wird uns dabei unterstützen. Trotz Mengenzugewinnen ist aufgrund des Wettbewerbsdrucks und weiter sinkenden Preisen nur von insgesamt leicht steigenden Umsatzerlösen und mit einem Rückgang der spezifischen Margen auszugehen.

Da unsere Marktanteile im Versorgungsgebiet mittelfristig weiter abnehmen, werden wir uns verstärkt auf neue Versorgungsgebiete im unmittelbaren Umland konzentrieren und ggf. auch strategische Vertriebspartnerschaften eingehen. Dabei soll uns auch die Entwicklung und Ausstrahlung unserer Marke im Umland helfen.

Entsprechend unserer derzeitigen Bezugsstruktur können wir die Entwicklung an den Energiemärkten nur mit einer zeitlichen Verzögerung abbilden. Gemäß der aktuellen EEX-Preise erwarten wir für 2022 und die Folgejahre leicht steigende Bezugsbedingungen, wobei die Erdgaspreise mit steigenden CO₂-Abgaben belegt werden. Die im Ergebnis daraus steigenden Verkaufspreise für Strom und Erdgas können sich negativ auf unsere Vertriebsziele für 2021 und 2022 auswirken.

Ausgehend von dieser Entwicklung planen wir für 2021 einen Jahresüberschusses von ca. 2,0 Mio. € und einen Umsatz von ca. 18,7 Mio. €.

V. Chancen- und Risikobericht

Im Rahmen der energiewirtschaftlichen Aktivitäten ist die EVP unterschiedlichen Chancen und Risiken ausgesetzt. Der Erfolg hängt im Wesentlichen von einem verantwortungsbewussten Umgang mit den Risiken ab. Die Energie Vorpommern GmbH ist unmittelbar und vollumfänglich in die Risikomanagementsysteme der Betriebsführer HanseWerk AG und SERVICE plus GmbH eingebunden. Diese haben auf Basis der geltenden Richtlinien mit entsprechenden Dokumentations- und Meldepflichten ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das sicher stellt, dass die Geschäftsführung regelmäßig über die Risikosituation angemessen informiert wird, um entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Der Aufsichtsrat wird im Rahmen der Quartalsberichte regelmäßig über die Risikolage des Unternehmens unterrichtet.

Zur Auswertung von Kennzahlen haben wir ein Reportingsystem aufgebaut. Das Reporting unterstützt die Unternehmensführung bei der operativen und strategischen Unternehmensführung. Durch den kaufmännischen Dienstleister der EVP, die SERVICE plus GmbH, wird dieser Report auf der Grundlage einer Vielzahl von Unternehmensdaten aus verschiedenen Systemen anhand von Merkmalen gruppiert, verdichtet und stichtagsbezogen dargestellt. Über die Finanzwirtschaft (Liquidität, Forderungen und Verbindlichkeiten) bis zur Beschaffung, Abrechnung und zu den Vertriebsaktivitäten wird monatlich der Stand des Unternehmens dargestellt. Die Berichterstattung ermöglicht es der Geschäftsführung, sich unterjährig einen Überblick zu verschaffen und bei Bedarf schnell konkrete Themen weiter zu vertiefen oder auf sich abzeichnende Tendenzen einzuwirken.

Hervorzuheben sind die Auswertungen der Aktionen und Vorgänge im Kundenkontaktmanagement sowie der Vertriebsaktivitäten. Die monatlichen Ergebnisse werden ausgewertet und als Vertriebsreport monatlich als Basis der weiteren Vertriebsarbeit genutzt. An einer weiteren Spezialisierung unter Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen wird derzeit in Zusammenarbeit mit weiteren Beteiligungen der SERVICE plus GmbH gearbeitet.

1. Risikobericht

Die Risikoberichterstattung im Rahmen der aktuellen Corona-Pandemie lässt bereits jetzt spürbare Auswirkungen und Risiken auf den Fortbestand des Unternehmens erkennen. Insofern hat sich die Gesamtrisikolage stark verändert.

Nennenswerte Risiken, denen wir entweder mit Risikokompensation, -reduzierung bzw. -vermeidung oder aber mit vertretbarer Risikoakzeptanz begegnen, stellen sich wie folgt dar:

Branchenspezifische Risiken:

Der Gesetzgeber reagiert aktuell mit einem Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht, welches zum 01.04.2020 in Kraft getreten ist. Kernpunkte dieses Gesetzes sind, die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht für juristische Personen und die Möglichkeit für Schuldner, die wegen der COVID-19-Pandemie ihre vertraglichen Pflichten aus Dauerschuldverhältnissen nicht erfüllen können, eine Leistung einstweilen zu verweigern oder einzustellen.

Für einige Schuldverhältnisse aus dem Bereich der Grundversorgung (Strom, Gas, Telekommunikation und soweit zivilrechtlich geregelt auch Wasser) sollte zunächst bis zum 30. Juni 2020 ein temporäres Leistungsverweigerungsrecht für Verbraucher und Kleinunternehmen geschaffen werden.

Bereits mit der Schließung aller Hotels und Gaststätten im Versorgungsgebiet und im Ergebnis der o. g. Anordnung hat die EVP bereits viele Schreiben zur Aussetzung der Abschlagszahlungen bekommen.

Zusätzlich hat der Bundestag die Verlängerung des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom 27. März 2020 bis zum 31. Dezember 2021 beschlossen. Das Gesetz ist seit dem 28. Oktober 2020 in Kraft.

Trotz dieser aktuellen Sachverhalte und derzeitigen Lage werden wir zunächst weiter an dem gewohnten Mahnprozess bis auf eine Änderung festhalten. Aufgrund der Kontakteinschränkungen der Gesetzgeber, hatten wir die Sperrungen sowie auch die Sperrandrohungen vorübergehend ausgesetzt und ab September 2020 wieder mit den Sperrungen begonnen.

Trotz dieser Maßnahmen müssen wir mit einem steigenden Forderungsausfall für die EVP rechnen, da bereits in den Vorjahren viele Unternehmen aus dem Tourismusbereich keine finanziellen Reserven hatten. In diesem Zusammenhang rechnen wir auch mit einer Steigerung von Insolvenzen und daraus resultierenden Forderungsausfällen. Die Höhe der Ausfälle wird erst nach dem Ende der Krise abzuschätzen sein.

Weitere externe Risiken ergeben sich aus dem regulatorischen Umfeld und den Kartellbehörden des Landes oder des Bundes. Das regulatorische Risiko besteht darin, geplante Netzentgelte der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH künftig aufgrund von Entscheidungen der BNetzA nicht erlösen zu können. Ein sinkendes Beteiligungsergebnis wäre die Folge. Wir begegnen dieser Entwicklung mit kontinuierlichem Kosten- und Assetmanagement sowie durch die regelmäßige Analyse und Bewertung unseres strategischen Geschäftsfeldes.

Rechtliche Risiken sind in der derzeitigen Rechtsprechung auch im Zusammenhang mit der Corona-Krise zu sehen. Dies betrifft sowohl mögliche aktive Klageverfahren von Kunden als auch die gerichtliche Durchsetzung von Forderungsansprüchen und die Vermeidung von Verjährungen durch Mahnbescheiderstellung.

Ertragsorientierte Risiken

Die Grundgeschäfte der EVP sind den üblichen energiewirtschaftlichen und wettbewerblichen Risiken ausgesetzt. Um hier mithalten zu können, gilt es, in einem sich schnell ändernden Umfeld eine ebenso flexible Anpassung der Denk- und Arbeitsweisen umzusetzen. Das liberalisierte Marktumfeld, in dem sich die EVP bewegt, unterliegt einer stark steigenden Wettbewerbsintensität. Die Gesellschaft sieht sich daher einem wachsenden Mengen- und Preisrisiko ausgesetzt. Der Margendruck nimmt stetig zu. Kunden vergleichen immer bewusster Preise und wechseln ihren Energieversorger. Trotz stabiler Gaspreise im Berichtszeitraum hatten wir weitere Kundenverluste, insbesondere von der Wechselbereitschaft beim Strom getrieben. Deshalb sind wettbewerbsfähige Marktpreise und ständig weitere attraktive, neue Angebote erforderlich.

Wie die Ergebnisse der letzten Geschäftsjahre zeigen, sind die Umsätze und damit das Ergebnis in hohem Maße witterungsabhängig. Ungewöhnlich milde Wetterphasen während der Herbst- und Wintermonate können sich negativ auswirken.

Zugleich existiert noch ein Risiko aus Take-or-pay Vereinbarungen mit dem Energielieferanten. Dieses Risiko ergibt sich neben den witterungsbedingten Faktoren jetzt zusätzlich durch den Wegfall der Abnahmen im Rahmen der Corona-Krise. Nach entsprechenden Hochrechnungen werden wir mit den Lieferanten über Vertragsanpassungen verhandeln.

Aufgrund der langfristigen Beschaffungsstrategie kann die Gesellschaft nicht immer in vollem Umfang auf den teilweise aggressiven Markt reagieren. Die Beschaffungsstrategie gewinnt jedoch zunehmend an wirtschaftliche Bedeutung und ist entscheidend dafür, ob eine Belieferung überhaupt positive Margen erzielen kann. Neue Vertriebsstrategien, neue Märkte und neue Produkte erfordern eine flexible und auf die Bedürfnisse des Vertriebs ausgerichtete Beschaffung.

Weiterhin will die Bundesregierung noch 2021 mit einem neuen Gesetz die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen. Künftig sollen für die Unternehmen schärfere Vorgaben für Vertragsverlängerungen und für Kunden kürzere Kündigungsfristen gelten. Auch bei unerwünschter Telefonwerbung sind Verbesserungen vorgesehen. Eine ursprünglich erwogene generelle Verkürzung der Höchstlaufzeit von Verträgen von zwei Jahren auf ein Jahr gibt es aber nicht. Eine Laufzeitvereinbarung von mehr als einem Jahr soll nur noch wirksam sein, wenn dem Verbraucher auch ein Angebot über die gleiche Leistung mit einer Laufzeit von einem Jahr gemacht wird – und zu einem Preis, der den für den Vertrag mit der längeren Laufzeit nicht um mehr als 25 Prozent im Monatsdurchschnitt übersteigt. Weiterhin sollen künftig Verträge nur noch automatisch für einen Zeitraum zwischen drei Monaten bis hin zu einem Jahr verlängert werden können, wenn Unternehmen "rechtzeitig" auf Kündigungsmöglichkeiten hinweisen. Außerdem soll die Kündigungsfrist auf einen Monat verkürzt werden. Die Einschränkungen bei der Telefonwerbung könnten uns bei den Vertriebsaktivitäten unterstützen. Noch nicht einschätzen können wir derzeit den Aufwand und die finanziellen Auswirkungen bei der jährlichen Übergabe von Angeboten an die Privatkunden.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und damit verbundene Liquiditätsrisiken verringern sich durch die Einbindung in das Cash-Pooling der HanseWerk AG. Im Rahmen des kaufmännischen Betriebsführungsvertrages und weiterer Vereinbarungen erfolgt die Überwachung der Ausfallrisiken über ein unternehmensweites Forderungsmanagement. Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

2. Chancenbericht

Durch die enge Zusammenarbeit mit den Betriebsführern HanseWerk AG und SERVICE plus GmbH wurde in den vergangenen Jahren eine breite Datenbasis für Entscheidungsfindungen und zum Risikomanagement aufgebaut. Der Geschäftsleitung stehen durch die Einbindung in Informationsflüsse aus verschiedenen Kooperationen und durch die Mitarbeit in branchenbezogenen Arbeitskreisen aktuelle Informationen über wirtschaftliche, politische und rechtliche Veränderung in der Energieversorgung zur Verfügung.

Aufgrund der Attraktivität der Region, seiner geografischen Lage und speziell des Versorgungsgebietes der Insel Usedom kann eine Stabilisierung des Absatzes und eine weitere

Verdichtung des bestehenden Versorgungsnetzes erwartet werden. Investitionen werden vor allem in den Ausbau der Infrastruktur, des Gastgewerbes aber auch des Gesundheitstourismus erwartet. Regelmäßig wachsende Besucher- und Gästezahlen bestätigen die Entwicklung. Saisonverlängernde Maßnahmen und Aktivitäten in der Region unterstützen den Prozess.

Der intensive Wettbewerb führte 2020 zu weiteren Veränderungen in der Kundenstruktur. Wir konnten die Kundenverluste im Netzgebiet der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH durch eine Verstärkung der Vertriebsaktionen weiter verringern und im Vergleich zum Vorjahr mit Zugewinnen in anderen Netzgebieten fast ausgleichen. Die Sicherung der vorhandenen Absatzpotentiale für Haushalte, Gewerbebetriebe und kleine Geschäftskunden sowie die Rückgewinnung von Wechselkunden im Vertriebsgebiet der EVP ist vorrangiges Vertriebsziel. Zum Ausbau unserer Kundenbindung werden wir auch 2021 unser Stromgeschäft weiter ausbauen. Weiterhin werden wir mit neuem Vertriebspersonal und einer konsequenten Kundenansprache neue Absatzpotentiale im klassischen Kundengeschäft ausbauen. Steigerungen erwarten wir vor allem im Ausbau der Gaslieferungen über das Versorgungsgebiet der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH hinaus. Im überregionalen Gasgeschäft liegen interessante Wachstumschancen, womit wir Mengenverluste im Kernversorgungsgebiet abfangen und mittelfristig wieder Absatzsteigerungen erreichen werden.

3. Gesamtaussage

Die Ergebnisse für 2020 sichern uns ein stabiles Fundament. Der EVP ist es gelungen, sich als regionaler Gasversorger und seit der Umfirmierung ab November 2016 auch als Energieversorger im Wettbewerb zu etablieren und ein Image als regionaler, sicherer und zuverlässiger Energieversorger gegenüber anderen Anbietern aus der Region aufzubauen. Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir in der derzeitigen Corona-Krise und weiterhin in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld, ggf. wieder schwankenden Rohstoffpreisen und den ausbleibenden Kälteperioden. Durch organisatorische Maßnahmen und die kontinuierliche Anpassung des Risikomanagementsystems sollen derartige Risiken in der Zukunft frühzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Wenn die Auswirkungen der Corona-Krise zeitlich begrenzt bleiben und die Wirkung auf die Energiewirtschaft absehbar bleibt, bestehen aus heutiger Sicht für die Zukunft keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik. Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Die Forderungen werden über ein effizientes Mahnwesen überwacht und Ausfälle minimiert.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Neben dem Geschäftssitz in Trassenheide nutzt die EVP ein Kundenbüro in Wolgast, in Anklam, in Heringsdorf und weitere Vertriebsbüros in der Niederlassung der HanseGas AG in Greifswald. Mit einem externen Vertriebspartner wird zudem ein Vertriebsbüro in Demmin und Neubrandenburg betrieben.

Für 2021 ist die Nutzung eines neuen Gebäudes als Hauptsitz der Gesellschaft in Wolgast vorgesehen.

Trassenheide, 26.04.2021

Geschäftsführer der
Energie Vorpommern GmbH

